

Danziger Zeitung.

Nº 6683. Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Vestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen kgl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R P 15 Gr. Auswärts 1 R P 20 Gr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer und Rud. Mose; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. und die Jäger'sche Buchhandlung; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandlung. 187

1871.

Teleg. Depeschen der Danziger Zeitung

Angekommen 2 Uhr Nachmittags.

Paris, 16. Mai. Die Vendomesäule fiel
heute um 5½ Uhr Abends der Länge nach ohne
Unfall in die Rue de la Paix. Fünf rothe Fah-
nen wurden am Piedestal aufgestellt. Der Mont
Valerien feuert heftig.

Versailles, 16. Mai. Die Nationalversammlung beschloß auf einen Dringlichkeitsantrag den Wiederaufbau des Hauses von Thiers' auf Staatskosten. Grevy wurde zum Präsidenten wiedergewählt.

Teleg. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Schwerin, 16 Mai. Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen sind heute Nachmittags hier eingetroffen. Dieselben wurden am Bahnhofe vom Großherzoge, von den Mitgliedern des fürrstlichen Hauses, den hier anwesenden fremden Fürsten und den Spitzen der Behörden, so wie einer jubelnden Volksmenge empfangen. Die Stadt prangt im reichsten Flaggenschmuck.

Paris, 16. Mai. Im Folge der für heute Nachmittag 2 Uhr anberaumten Umstürzung der Vendomesäule war eine zahllose Menschenmenge in der Rue Castiglione, in der Rue de la Paix und in den angrenzenden Straßen versammelt. Trotz aller Anstrengungen der Ingenieure und trotzdem neue höher angelegte Stricke in Anwendung gebracht wurden, gelang es bisher nicht, die Säule umzustürzen, und ist es nicht wahrscheinlich, daß die Demolirung derselben noch heute bewerkstelligt werden kann. — Von Thiers' Hause stehen nur noch die äußern Mauern. — „Journal officiel“ der Commune meldet, daß in der verflossenen Nacht mehrere Angriffe der Versailler Truppen auf die Barrakaden von Châtillon, auf Moulin Pierre und Moulin Saquet zurückgewiesen worden seien. Gestern Abend fand ein lebhaftes Gefecht zwischen den Thoren Dauphine und Maillot statt; die Versailler Truppen sollen mit großen Verlusten zum Rückzuge gezwungen worden sein. Wie verlautet, sollen die Röderirten heute das

Seite von 20,000 Blatt verfügt.

Kreuzzeitungspartei und klerikale Partei.
Die Politiker der „Kreuzzeitung“ machen neulich der klerikalen Fraction im Reichs- und Landtage den Vorwurf, daß sie das kirchliche mit dem weltlichen Gebiet vermischt und verquicke, und zwar aus keinem andern Grunde, als „um die Möglichkeit zu gewinnen, ihre kirchlichen Postulate mit weltlichen Waffen zu erkämpfen.“ Gewiß ein sehr berechtigter Vorwurf, aber höchst sonderbar in dem Munde d-rer, von denen er gerade in der „Kreuzzeitung“ vorgetragen wird. Denn diesen Herren könnten die Angegriffenen mit demselben Rechte erwidern, daß ja auch die parlamentarischen Fractionen ihrer Partei genau derselben „Bermischung und Verquickung“ schuldig machen, nur mit dem einzigen Unterschiede, daß sie in der Regel nicht kirchliche Postulate mit weltlichen Mitteln, sondern weltliche Postulate durch Vorstellung kirchlicher oder angeblich religiöser Motive durchzusetzen suchen. Auch der katholisch Standpunkt, von welchem aus die beiden, jetzt einander bekämpfenden Brüder zu ihren eigentlichen Zielen vorzudringen gedenken, ist seinem Wesen nach durchaus derselbe. Die Waffe, durch welche die eine zu siegen hofft, ist die absolute Herrschaft über die katholische Kirche in den Händen des Papstes, und die, welche die andere sich dienstbar zu machen strebt, ist die absolute Herrschaft über die evangelische Landeskirche in den Händen des evangelischen Landesherrn. Politisch betrachtet ist es zwar ein sehr großer, kirchlich betrachtet aber gar kein Unterschied, ob der Papst oder das Staatsoberhaupt der absolute Herr der Kirche ist. Denn in beiden Fällen droht ihr ein und dasselbe Schicksal, nämlich das ihres eigenlichen innersten Wesens, früher oder später vollständig beraubt und aus einer freien Genossenschaft zur Erhaltung und Förderung religiöser Erkenntnis und Gottesfurcht in eine Zwangsanstalt für lediglich herrschstliche Zwecke verwandelt zu werden.

Steuerzahler. Ich behandle die Sache lediglich als Finanzfrage und da sage ich, daß die bayerische und Württembergische Regierung dies Postmonopol nicht haben will, daß sie es hat und sich im Schlusprotokoll zu den Verfassungsverträgen das Recht vorbehalten hat, es aus der Verfassung wieder herauszureglementiren. Ich weiß nun in aller Welt nicht, warum wir Bayern und Württemberg dies Monopol octroyiren sollen. Die Methode, daß wir ihnen zumuthen, einen Schritt in der Entwicklung rückwärts zu gehen, um dann mit uns wieder zwei Schritte vorwärts zu gehen, mag wohl für eine Springprofeßion Anwendung finden, aber nicht bei ersten Gesetzgebungsfragen. Die Statistik von 1869 über den Zeitungsverkehr ergiebt, daß die Post in diesem Jahre 300,000 politische, aber auch über 500,000 nicht politische Blätter debitirt hat, letztere also ohne den Schutz des Monopols. Das beweist doch klargenug, daß die Post aller Concurrenz in Bezug auf die Zeitungsförderung gewachsen ist. Selbst wenn durch Aufhebung des Monopols für die Post eine Einnahme von etwa 20—30,000 Thlr. in Frage kommt, so würde dieser Ausfall bereits in demselben Jahre allein durch die wachsende Zunahme des Zeitungsverkehrs sich ausgleichen; denn die Statistik ergiebt, daß der Zeitungsverkehr von Jahr zu Jahr um 10% zunimmt. Die Grenze zwischen einem politischen und nichtpolitischen Blatt läßt sich nicht ziehen. Sie wird auch gar nicht inne gehalten, da eine Menge politischer Journale, wie „die Grenzboten“, „die preußischen Jahrbücher“ u. a. mehr durch den Buchhandel, wie durch die Post vertreten werden. Alsdann soll man aber auch diese Grenze in der Gesetzgebung nicht ziehen. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie, m. H., heute noch nicht finanziell den Mut fassen können, daß Zeitungsmonopol der Post ganz aufzuheben, so heben Sie es wenigstens für die politischen Wochenblätter auf und stimmen Sie dem Antrage Becker zu. —

So ist es denn auch ein leeres Vorgeben oder, im besten Falle, eine höchst verwunderliche Selbsttäuschung, wenn die Bekennner der Kreuzzeitungsscharen behaupten, daß die Lehre von der Kirche und der Gewalt des Kirchenoberhauptes gerade die tiefste Kluft sei, welche die evangelische und die katholische Orthodoxie für immer von einander scheide. Doch wundern wir uns durchaus nicht, daß die Herren zugleich „ein Bündniß zwischen dem Jesuitismus und der evangelischen Orthodoxie“ für einen ganz ungeheuerlichen, gar nicht zu denkenden Gedanken erklären. Denn niemand offenbar hat mehr das Bedürfnis und zugleich die Gewohnheit, den Verdacht des Jesuitismus von sich abzuweisen, als der, welcher vom Scheitel bis zur Beine nichts ist als Jesuit. Auch scheuen die „frümmen“ Seelen, auf welche der Spruch „unschuldig wie die Tauben und klug wie die Schläger“, wenigstens in der einen Hälfte ganz wohnpassen mag, sich durchaus nicht, nach jener stärksten Ablenkung des Jesuitismus doch sofort (natürlich in majorem Dei gloriam) mit einem, zwar sehr durchsichtigen, Jesuitenkunststück das bekannte Verfahren des Stettiner Consistoriums gegen den Dr Hanne zu bemühten. Mit großem Unrecht, sagen sie („Kreuzzeitung“ No. 112), würde wegen desselben die orthodoxe Kirchenbehörde von Seiten der Liberalen der „Rezerrichterei“ bezüglich. Diese nämlich behaupteten, daß nicht das Kirchenregiment über das § 1 stellt den Postzwang für Briefe und alle Beiträge politischen Inhalts auf; § 2 war in folgender Fassung beschlossen: „Das Verbot erstreckt sich nicht auf die Beförderung von politischen Zeitungen zwischen Orten, welche nicht mehr als zwei Meilen von einander entfernt sind, und auf die Beförderung von Briefen oder Zeitungen gegen Bezahlung durch expresse Boten oder Führer. Doch darf bei einer Entfernung von mehr als zwei Meilen ein solcher Express nur von einem Absender abgeschickt sein und dem Postzwange unterliegende Gegenstände werden von Anderen mitnehmen, noch für Anderen zurückbringen.“ — Dr. Becker beantragt folgende Fassung des § 1: die Beförderung 1) aller versiegelten, zugenäherten oder sonst verschlossenen Briefe, 2) aller Zeitungen politischen Inhalts, welche öfter als einmal wöchentlich erscheinen, gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach andern Orten aus einer Poststation des In- oder Auslandes auf andere Weise als durch die Post ist verboten. Hinsichtlich der politischen Zeitungen erstreckt dieses Verbot sich nicht auf den zweimeiligen Umkreis ihres Ursprungsortes. (§ 2 soll dann in der Fassung der Vorlage wieder hergestellt werden.) — Abg. Dr. Becker: Wenn mein Antrag nicht angenommen würde, so wird der buchhändlerische Vertrieb weitverbreiteter Journale, wie der Gartenlaube, des Duden u. s. w. erschwert und gestört. Die Annahme des zweiten Theils meines Antrages würde die

große Unzuträglichkeit beseitigen, daß die Umwohner großer Städte Zeitungen, die dort Mittags oder Nachmittags erscheinen, denselben Tag nicht mehr erhalten können. — General-Postdirector Stephan: Die Auffassung der Regierungen ist unverändert die, daß ein enger Zusammenshang besteht zwischen dem Postdebit und dem Postzwang. Diese Auffassung findet ihren Stützpunkt in dem bestehenden Recht und dies entspricht in höchstem Maße dem Interesse der Presse selber. Aber ich glaube in Aussicht stellen zu können, daß der Bundesrat das Amendumment Becker annehmen werde. — Die von Dr. Becker beantragte Fassung des § 1 wird einstimmig genehmigt, § 2 wird in der Fassung der Regierungsvorlage wieder hergestellt: „Die Förderung von Briefen und Zeitungen gegen Bezahlung durch expresse Voten oder Fuhren ist gestattet. Doch darf ein solcher Expresser nur von Einem Absender abgeschickt sein, und dem Postzwange unterliegende Gegenstände weder von Anderen mitnehmen, noch für Anderen zurückbringen.“ — § 16 bereit die Postfuhrwerke u. s. w. von sämtlichen Kommunikationsabgaben und behnt dies Privileg auf Postfuhrwerke, welche als Erfaß ordentlicher Posten zur Beförderung von Reisenden und Postsendungen dienen, aus. Diese letztere Bestimmung beantragt Prosch zu streichen. Das Haus lehnt den Antrag ab. — Zu § 50 erinnert General-Postdirector Stephan daran, daß Abg. Dunder bei der zweiten Lesung eines Ministerialrescripts erwähnt habe, welches eine generelle Bestimmung dahin treffe, daß den Zeitungen nicht mitgetheilt werden dürfe, in welcher Anzahl ihre Zeitungen nach den einzelnen Orten gingen. Dunder habe den Vorwurf daran gelöst, daß sich für die gutgestandenen Blätter Mittel und Wege fänden, diese Bestimmung zu umgehen. Dies Ministerialrescript habe sich in der That vorgefunden. Er könne das Prinzip dieses Rescripts nur als richtig anerkennen; die Post habe den Standpunkt jedes kaufmännischen Vermittlers inne; wenn man beim Buchhändler eine Partie Bücher laufe, habe man auch keine Verpflichtung, ihm mitzutheilen, für wen man sie beziehe. Dies Rescript habe stets die strengste Anwendung gefunden; der Polizeipräsident v. Hindelchen Anzahl die verschiedenen Berliner Blätter in die Provinzen gingen, einen streng abweisenden Bescheid erhalten. — Abg. Dunder: Was der Generalpostdirector so eben mitgetheilt hat, bestätigt die Behauptungen, welche ich neulich ausgesprochen habe. Das Rescript hat er Ihnen eben vorgelesen. Ich habe auch schon damals in keiner Weise die Postverwaltung angegriffen. Aber ich habe behauptet, daß eine solche generelle Ministerialverfügung von dieser höheren Stelle aus allerdings in der Tendenz ergangen sei, die Verbreitung mißliebiger Zeitungen unmöglich zu hindern, und diese Behauptung halte ich heute noch aufrecht. — Generalpostdirector Stephan: So lange keine Beweise für die Umgehung des Rescripts beigebracht werden, bitte ich, auf amtliche Mittheilungen mehr Gewicht zu legen, als auf solche Neuherungen. — Abg. v. Hoverbeck: Es ist etwas hart, von einer Privatperson Beweise zu verlangen, wie sich nur durch amtliche Untersuchungen erutzen lassen. Wer die Geschichte nach 1848 kennt, wird wissen, was er von dem Widerstand der Postbehörden gegen unberechtigte Zumuthungen von Landräthen und Polizeipräsidenten zu halten hat. Dem Generalpostdirector war die Existenz der Befüllung ganz unbekannt; wenn er seine Nachforschungen in den einschlagenden Acten etwas weiter treiben wollte, so bin ich überzeugt, daß sich auch für uns mancherlei finden wird. (Sehr richtig!) — Zu der Resolution, betr. eine besondere Pflege des Geldvermittelungsverkehrs: Abg. Mosle (Bremen): Die Postverbindung über den Canal fand bisher auf zwei Wegen statt: Ostende-Dover und Calais-Dover. Die deutsche Post hat bisher die Ostende-Route benutzt, also die längere und minder sichere. Während der Calais-Steamer sein Programm fast immer genau innehält, braucht der Ostende-Steamer mitunter die doppelte Zeit. In Folge dessen erhält nicht nur die kaufmännische Welt in den Hansestädten, sondern in Berlin und ganz Deutschland die Briefe von und über England unregelmäßig, während dies in Frankreich nicht der Fall ist. Die Route Calais konnten wir nicht benutzen, weil Frankreich bisher seinen einheitlichen Gewichtssatz von 10 Grammen = 0,6 Roth festgehalten hat, statt ihn auf 1 Roth = 16 $\frac{2}{3}$ Grammen festzustellen und weil Frankreich den geschlossenen deutschen Briefsaal nicht translozieren ließ. Dr. General-Postdirector Stephan, der sich auf diesem Gebiete hohe Verdienste erworben hat, sollte auch dafür sorgen, daß in Zukunft die Calais-Dover-Beförderung für die deutschen, russischen und schwedischen Posten und für die transatlantischen Posten eingeführt wird. — General-Postdirector Stephan: Ich halte den Wunsch des Vorredners für vollkommen berechtigt; nur wird seine Ausführung Schwierigkeiten haben, so lange in Belgien und Frankreich die bisherigen volkswirtschaftlichen oder vielmehr nicht volkswirtschaftlichen Grundsätze über den Posttransitverkehr bestehen. Namentlich in Frankreich herrscht ein strenges fiskalisches System, ganz nach der Colbertischen Theorie, daß die Briefe eine unzählige Heerde seien, welche viel silberne Wolle liefere. In Folge dessen hat der Transitverkehr sich in erheblichem Maße von Frankreich abgelöst. — Die Resolution wird genehmigt. — Damit schließt die dritte Lesung des Postgesetzes; die des Posttaxgesetzes wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

sach groß, wenn es die Spiellust des Publikums bedienen darf. Das Privilegium des Staates für Emittirung einer Prämienanleihe ist durchaus nicht zu vertheidigen, denn es beruht auf der Voraussetzung, daß ein weitverbreitetes Spielbedürfnis besteht. Man sagt, daß in dieser Vorlage eine Verlegung der Privatrechte der Börse enthalten sei. Ich kann das nicht anerkennen. In Deutschland ist der tatsächliche Rechtszustand, daß kein einziges Papier einen Rechtsanspruch auf börsenmäßige Circulation besitzt. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der Vorlage. — Abgeord. v. Schauß: Es ist immer eine auffallende Erscheinung, wenn in einer politischen Körperschaft die äußerste Rechte und äußerste Linke sich in Uebereinstimmung befinden. Dann liegt eine Berechtigung zu der Annahme vor, daß entweder zu ideal oder zu radikal verfahren werde. Es gibt eine gewisse Tendenz, auf die Volksmoral in einer Weise hinzuarbeiten, die, so schön sie lingen, in sich selbst zur entschiedensten Unfreiheit führt. Die Landwirtschaft ist unzufrieden, daß ihr ein gewisser Capitalszufluß entzogen wird, und zwar glauben viele den Grund davon in der Börse suchen zu müssen. Das ist durchaus nicht richtig. Die Spieldeutschaft ist zwar ein Reizmittel, aber an sich eben so wenig unmoralisch, als es unmoralisch ist, wenn Sie irgend ein Industrie-Papier mit höherer Dividende laufen, als Ihnen Ihr Capital bisher getragen hat. Unmoralisch wäre es nur dann, wenn der Arbeiter in Folge seines Prämienloses nicht mehr arbeiten wollte. Die Concentration des Capitals ist keine Gefahr für den Grund-Credit und die Landwirtschaft ist daran stark, daß sie zu viel Geld verlangt, während sie sich gerade für die Concentration des Capitals bedanken sollte. Thun Sie hier nicht mehr, als absolut nötig ist und dieses Nötige besteht darin, daß die Form der Emittirung dem Unternehmer keinen zu hohen Gewinn abwirft. Und diese Missstände halte ich durch die Annahme der Normative bestreit. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages Wolfson. — Bundes-Commissar Michaelis: Die Vorlage ist aus einem Bedürfniss des Verkehrs und der Regelung der ... — Abgeordnete ... haben die engste Einschränkung der Lotterie, wir haben schwere Strafen gegen unerlaubte Privatlotterien, wir haben die öffentlichen Spielbanken geschlossen, dagegen verhindert unsere Gesetzgebung durchaus nicht, daß Papiere auf den Markt kommen, die mit einem Darlehngeschäft zugleich eine Geldlotterie verbinden. Das ist ein innerer Widerspruch. Der Zustand, vermöge dessen im Inland in der Erteilung von Concessionen zur Verbindung der Lotterie mit einem Darlehngeschäft nach verschiedenen Grundsätzen verfahren wird und vermöge dessen dem Auslande gegenüber durchaus gar kein Hemmniss der Einführung solcher Papiere besteht, dieser Zustand, der unseren Markt der Spekulation des Auslandes Thür und Thor öffnet, ist nicht länger beizuhalten und durch die Erkenntniß des Bedürfnisses, daß Ausgaben von Prämienanleihen einer einheitlichen gesetzlichen Regelung zu unterwerfen sind, sind sowohl die Anträge des preuß. Abgeordnetenhauses und des Nordb. Reichstages als auch gegenwärtige Vorlage hervorgerufen. Dem § 1 treten nun zwei Anträge entgegen. Der eine verlangt ein absolutes Verbot der Prämienanleihen, der andere ihre Concessionierung durch den Bundesrat unter gewisse Normativbedingungen. Der erste Antrag entspricht nicht der Auffassung, welche wir als die herrschende Volksüberzeugung anerkennen können. Ich glaube nicht, daß die große Masse des Volkes es verstehen würde, wenn plötzlich ein absolutes Verbot solcher Anleihen ausgesprochen würde. Ich glaube außerdem, daß die Prämienanleihe nicht eine an sich verwerfliche Form sei, es kommt nur darauf an, wie diese Form entwickelt und gehandhabt wird. Diese Handhabung sucht nun der zweite Antrag durch Normativbedingungen in ein System zu bringen. Mr. H., das Spiel ist Sache der Phantasie, ist eine angenehme Beschäftigung der Phantasie. Ich weiß nicht, ob es je gelungen ist, die Phantasie in bestimmte Normen zu bringen. Sie bringen keine Normativbedingungen für ein so phantastisches Wesen, wie es die Prämienanleihe ist, fertig, welche dasjenige, was sie verhindern wollen, wirklich zu verhindern vermögen. Die Antragsteller wollen das Spiel in gewisse Grenzen einschließen, zu dem Ende setzen ihre Normativ-Bedingungen die Prämien in ein Verhältniß zu dem Nominalwerth der Papiere. Wenn Sie nun die Höhe der Prämien in Verbindung gesetzt haben mit dem Nominalwerth, und der Erfunder der neuen Prämienanleihe richtet dieselbe so ein, daß der Nominalwerth im Verhältniß zum Courswerth ein ziemlich hoher sein wird, so wird nachher das Publikum für ein billiges Geld eine hohe Gewinnchance gewinnen und gerade das wollen die Normativbestimmungen verhindern. Nun ist heute am hiesigen Platz eine 3prozentige Prioritäts-Anleihe der österr. Südbahn-Gesellschaft zum Course von 44 ausgelegt; dieselbe wird al pari eingelöst, die Abnehmer haben also bei der Einlösung einen erheblichen Gewinn. Wenn nun die Gesellschaft gut fände, um einen besseren Course zu erzielen, dies verzinsliche Anlehen mit einem kleinen Spiel zu verbinden, so würde sie nach den Normativbedingungen ½ Prozent des Nominalwertes jährlich zur Lotterie verwenden können, sie würde es hierdurch vielleicht möglich machen, die Anleihe statt zum Course von 44 zum Course von 60 los zu werden und das wäre ein gutes Geschäft; denn sie hätte damit diese 16

Prämienanleihegesetz. Abg. Reichenberger (Olpe): Die Übermacht des Capitals wird drei-

höheren Zins tragen. Dann würde zu dem wirklichen Werthe der Obligationen der jährlich auszuspielende Betrag nicht in dem Verhältniss von 2 Prozent, sondern in dem Verhältniss von 1½ Prozent stehen, und wenn nachher diese Anleihe im Course sinkt, so würde das Verhältniss des zur Verloosung kommenden Betrages zu dem wirklichen Werthe noch größer werden. Dieser Theil der Normativbedingungen hat zur Folge, daß es erlaubt ist, je geringer die Creditwürdigkeit des Schuldners, um so höhere Spielchancen mit der Anleihe zu verbinden. Gweitens erklären die Normative, daß nicht andere als fällige Bitten zur Verloosung verwendet werden sollen. Es läßt sich nun z. B. eine Gesellschaft eine Prämienanleihe concessionieren und zwar so, daß der erste Belebungstermin erst nach einem Jahre eintritt. Nun braucht sie diese Anleihe aber nicht sofort aufzulegen, sondern läßt sie von einer Bank beleihen und wenn etwa der Belebungstermin am 1. Juni n. J. ist, so legt sie die Anleihe etwa am 1. Mai auf und hat also dadurch den Vortheil der Verloosung unmittelbar nach der Auslegung. Deshalb soll außer den Normativ-Bedingungen auch noch eine Concessionierung von Seiten des Bundesrates nötig sein. Es ist nun aber ein eigen Ding, wenn einer Körperschaft, die nicht öffentlich über ihre Besitztümer disponirt, die Befugniß gegeben wird, eine Concession zu erhalten, wenn die und die Bedingungen erfüllt werden sind. Es ist sehr schwer, eine Concession abzulehnen, bei welcher diese Bedingungen erfüllt sind. Es wäre nicht gut gethan, die Verantwortlichkeit für Entschlüsse, welche die Volksvertretung selbst nicht übernehmen mag, der Exekutive zuzuwiesen. (Lebhafte Beifall.) — Abg. Wilmanns: Prämienanleihen sind wie geschaffen für den Grundbesitz und die Bodencreditanstalten. Dennoch treten wir nicht für dieselben ein; wir bringen unsere Privatinteressen dem allgemeinen Wohl zum Opfer. — § 1 wird in der Commissionssatzung noch Ablehnung aller Anträge mit sehr großer Majorität angenommen. — § 2. Der Bestimmung im § 1 zuwider im Inlande, sowie nach dem 30. April 1871 im Auslande ausgegebene Inhaberpapiere mit Prämien dürfen weder an den Börsen, noch an anderen zum Verkauf mit Werthpapieren bestimmten Verfassungsorten zum Gegenstande eines Geschäfts oder einer Geschäftsvermittlung gemacht, noch anderweitig öffentlich ausgetragen werden. — Abg. Blankenburg und Gen. beantragen, statt der Worte „dürfen weder an der Börse“ zu sagen: „dürfen weiter gegeben, noch an den Börsen, noch an anderen ic. Verfassungsorten zum Gegenstande eines Geschäfts oder einer Geschäftsvermittlung gemacht werden.“ Dasselbe gilt von ausländischen Inhaberpapieren mit Prämien, welche vom 30. April 1871 ausgegeben sind, sofern dieselben nicht bis zum 15. Juli 1871, diesen Tag eingeschlossen, zur Abstempelung eingereicht werden. — Abg. v. Patow empfiehlt den Antrag Blankenburg. Er erreichte das Resultat, daß das Maß der in Deutschland courtenden Prämienanleihen sich nicht vermehre. — Camphausen: Auch ich kann diesen Weg billigen auf die Gefahr hin, daß versucht werden würde, uns von diesen Papieren neue zu zuführen, die jetzt noch nicht in dem Verkaufe sind. Ich würde mich nach Annahme des Antrages vollkommen gerechtfertigt erachten, dem Reichstag einmal einen Aufschluß zu machen, was in Konstanz Blankenburg in der Commission mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt sei, daß die Commission ihm also sehr nahe gestanden habe. Er erkläre, daß dieselbe auch die Veränderung des § 2, welche der Antrag Blankenburg bezweckt, acceptire, daß sie aber den neuen § 3 Blankenburgs nicht zustimmen könne. Der Antrag Blankenburg wird mit 132 gegen 121 Stimmen genehmigt, und mit dieser Ergänzung § 2. — § 3 wird in der Vorlage der Commission angenommen.

Der Präsident wird heute Abend mit den Mitgliedern des Büros und den Vorsitzenden der Abtheilungen eine Besprechung haben, auf Grund deren er morgen dem Hause Vorschläge wegen der Ferien zu machen gedenkt. — Nächste Sitzung Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 16. Mai. Die Verlängerung der Reichstagsession über Pfingsten hinaus steht jetzt fest. Das Bundeskanzleramt hat noch folgende Voraussetzung in Aussicht gestellt: das Gesetz, betreffend die Bundesbeamten, das Gesetz wegen Verwendung der ganzen Kriegsosten schädigung und das Gesetz wegen Entschädigung der Rheider für den Franzosen weggenommen und condamnierte Schiffe. Es heißt, im Bundesrat sei die Frage angeregt worden, ob es sich nicht empfehle, die Entschädigung auf die Rheederei überhaupt, ja durch die Hemmung des Verkehrs große Verluste erlitten habe, auszudehnen. — Fürst Bismarck theilte bei seiner Soirée am Sonnabend den Abgeordneten mit — so schreibt man der „R. B.“ — daß nach Ratification des Friedens beabsichtigt werde, drei Armeecorps, und zwar das Gardecorps und zum größten Theil die Bayern und die Sachsen in die Heimat zurückzuführen zu lassen. Unter solchen Umständen werde der Einzug des Gardecorps in Berlin schon in der ersten Juniwoche — man sprach sogar vom 2. Juni — stattfinden können. Freilich ist dabei nur an das Gardecorps gedacht; Linientruppen sollen, und zwar aus finanziellen Gründen, direkt auf dem kürzesten Wege in die Heimat befördert werden; vielleicht wird man es ermöglichen, die übrigen Theile der Armee durch Deputationen vertreten bei dem Einzug zu beteiligen, zumal da von Dresden und München aus der Wunsch hierher signalisiert ist, preußische Truppen an dem Siegereinzelzug in München und Dresden Theil nehmen zu lassen. Die „Corr. St.“ meldet: „Zwei lästige Mitteilungen zufolge werden in kurzer Zeit drei preußische Armeecorps, nämlich das Gardecorps, das fünfte (Posenische) und siebente (Westphälische), ferner ein bayerisches und wie es heißt, auch das sächsische Armeecorps aus Frankreich zurückberufen werden. Der Einzug der Truppen in Berlin wird am 2. oder 4. Juni stattfinden.“ Der bezeichnete Termin, bemerkt die „R. B.“ dazu, ist wohl ein etwas zu naher, zumal in Rücksicht der in Berlin noch zu treffenden Vorbereitungen. Doch besteht, wie wir hören, allerdings die Absicht, den Einzug noch während der Anwesenheit des Reichstags in Berlin, etwa Mitte Juni, stattfinden zu lassen.

Wie der „Hamb. Corr.“ meldet, haben die Regierungen von Mecklenburg, Oldenburg und den drei freien Städten beim Bundesrat einen Antrag betreffend die Entschädigung der deutschen Rheederei überreicht, welcher dahin geht: 1) Den

Rhedern, den Ladungs-Interessenten und Schiffsmannschaften aufgebrachter deutscher Schiffe wird aus der Kriegscontribution voller Erfas des Schadens und der erlittenen Verluste gewährt werden, soweit derselbe nicht seitens Frankreichs bereits erfolgt ist; den Rhedern derselben deutschen Schiffe, welche in Folge der Kriegserklärung auswärts zurückgehalten wurden, sollen ihre baaren Auslagen für Befreiung und Unterhalt des Capitains und der Mannschaften, die außerordentlichen Hafenlasten sowie die Kosten für Conservirung der Ladung aus der Kriegscontribution erlegt werden; 3) die Feststellung des erlittenen Schadens soll durch eine eigens hierzu eingesetzte Commission des Bundesrates ermittelt werden.

Die vor dem Kriege begonnene Untersuchung in der bekannten Bochumer Militärfreimaurer-Angelegenheit hat mit Freisprechung sämtlicher als compromittirt angesehener Militärärzte — den Dr. Schulz aus Köln ausgenommen — endet. Letzterer, der gleich Anfangs Geständnisse gemacht hatte, ist zu einer Todesstrafe verurtheilt worden, auf welche der Untersuchungs-Arest in Anrechnung gebracht werden soll.

SS Döbeln, 16. Mai. Gegenwärtig werden in den polnisch-katholischen Kreisen unserer Provinz aus Anlaß der 25-jährigen Jubelfeier der päpstlichen Regierung (17. Juni), welche hier auf Anregung der Klerikale glänzend begangen werden soll, unter der Regie des Erzbischofs, Grafen Ledochowski, zahlreiche Unterschriften zu einer Adresse an den Papst gesammelt, in welcher unter Anderem die Hoffnung ausgesprochen wird, der Papst werde die weltliche Herrschaft wieder erlangen. Außerdem werden in Angelegenheit der weltlichen Macht des Papstes Unterschriften zu einer Adresse an den Reichstag gesammelt, obwohl die politische Reichstagsfraction von dem Erlaß einer solchen Adresse abgerathen hatte, „weil man dadurch der Sache, welcher man dienen wolle, nur schaden würde.“ Obwohl nun das Organ des Erzbischofs selbst die Anregung zu der Adresse gegeben und dafür gewirkt hat, so haben doch mit Rücksicht auf eine Verordnung des Erzbischofs, in welcher den Geistlichen die active Theilnahme in politischen Angelegenheiten verboten wird, die zu einer Versammlung zusammengetretenen Geistlichen beschlossen, sich einstweilen des Sammelns von Unterschriften zu enthalten, dagegen den Erzbischof um Aufklärung zu bitten, wie in diesem Falle zu verfahren sei. Es ist wohl unzweifelhaft, wie diese Aufklärung ausfallen wird.

Vor zwei Jahren kaufte der Großherzog von Baden einen bedeutenden Gütercomplex von ungefähr 8000 Morgen an der Broyna im Börschen. Wie die „R. B.“ aus Kempen erfährt, wurden im vorigen Jahre noch ca. 7000 Morgen hinzugekauft, und es sollen noch 5000 Morgen hinzugekauft werden, um die Bevölkerung auf 20,000 Morgen zu bringen. — Das angebliche Project des bevorstehenden Ankaufs der Herrschaft Protoschin für den Fürsten Bismarck ist, wie der „R. B.“ aus guter Quelle mitgetheilt wird, eine müßige Erfindung polnischer Blätter.

Bonn. Prof. Dieringer, einer der katholischen Universitätslehrer, welche von dem Kölner Erzbischof wegen ihres Prozesses gegen die Unfehlbarkeit mit secularen Straßen bedroht sind, ist, wie die „R. B.“ weiter das Dogma, welches er selbst bekämpft, an der Universität lehren kann, hat er eine Landpfarrkirche in Sigmaringen übernommen.

Mainz. Vor ungefähr einem Jahre kaufte ein biefiger Geschäftsmann vor der Stadt einen großen Vorraum Maculatur. Einige Zeit später, als der Kaufmann seinem Papier eine größere Aufmerksamkeit schenkte, fand er zu seinem nicht geringen Staunen unter anderen verschriebenen werthlosen Acten auch eine Anzahl Original-Obligationen städtischen Anlehens nebst den dazu gehörigen Coupons. Die Coupons waren baare Münze und konnten jederzeit in Geld umgesetzt werden, an den Original-Obligationen fehlt nur noch der Stempel (den man sich übrigens sehr leicht verschaffen könnte) zu deren Gültigkeit. Als den weisen Bätern der Stadt diese entzückliche Kund zu Ohren kam, wurde rasch eine geheime Sitzung anberaumt und der Beschluß gefasst, die auf diese Art aufgefundenen Original-Obligationen (auf dem Speicher des Stadtbaus) soll auch noch ein großer Stock dieser Papiere entdeckt worden sein) zu verbrennen. Zum Glück war es aber ein ehrlicher Mann, der in der Maculatur diese kostbare Entdeckung machte und dies dem Gemeinderat mittheilte.

München, 15. Mai. Die Gerüchte über die Neubildung unseres Ministeriums gewinnen größere Consistenz. Außer dem Grafen von Brack, der notorischer Anti-Döllingerianer ist, wird auch Dr. Braun ausscheiden, ohne daß derselbe Gelegenheit gefunden hat, eine Probe seines Regierungstalents abzulegen. Die nächste Folge der Wiederübernahme des aufwärtsigen Amtes durch den Fürsten Hohenlohe ist die Auflösung der Kammer der Abgeordneten, die Anerkennung von Neuwahlen, durch welche voraussichtlich den liberalen Elementen der Kammer eine bedeutende Verstärkung zugeschrieben wird. Nach einem Telegramm der „Schl. Stg.“ werden bereits mit dem Präfekten der Regierung von Unterfranken, Grafen Lützow, Verhandlungen wegen Übernahme des Ministeriums des Innern gepflogen.

Österreich.

Wien, 16. Mai. Der Verfassungsausschuss beschloß mit Rücksicht auf die Erklärung der galizischen Abgeordneten, daß sie überhaupt gegen die Erlassung einer Adresse an den Kaiser stimmen würden, den in seiner letzten Sitzung beschlossenen Antrag, vom Abgeordnetenhaus den Auftrag zur Verfassung einer Adresse zu erwirken, wieder zurückzuziehen. Es bleibt daher der früher vom Ausschusse gesetzte Beschluß in Wirksamkeit, nach welchem der Ausschuss selbst dem Abgeordnetenhaus einen Abrechentwurf vorlegen soll. — Der Finanzausschuss beendete die Beratung des Budgets und nahm das Finanzgesetz an. Noch denselben betragen die Einnahmen 333,955,000 Fl., die Ausgaben 345,557,000 Fl., das Deficit mithin 11,602,000 Fl. Auf Antrag des Generalberichterstatters wurde beschlossen, bei keinem Posten Revisionen zu gestatten, trotzdem der Finanzminister sich gegen die Annahme dieses Antrages ausgesprochen hatte.

Schweiz.

Die schweizerische Bundes-Revisionscommission hat am 11. d. folgende Beschlüsse gefasst: Niemand ist gehalten, für eigentliche Cul-
tuszwecke einer Confession oder Religions-Gemeinden

schaft, welcher er nicht angehört, Steuern zu bezahlen. Die Glaubensansichten entbinden nicht von der Erfüllung der bürgerlichen Pflichten. Den Cantons, sowie dem Bunde bleibt vorbehalten, für Handhabung der öffentlichen Ordnung und des Friedens unter den Confessionen, sowie gegen Eingriffe kirchlicher Behörden in die Rechte der Bürger und des Staates die geeigneten Maßnahmen zu treffen. Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden, und es ist ihren Gliedern jede Wirksamkeit in Kirche und Schule untersagt. Die Errichtung neuer und die Wiederherstellung aufgehobener Kloster ist ungültig.

Bern, 16. Mai. Die Commission des Ständerats zur Revision der Bundesverfassung beabsichtigt alle Ausgaben des Bundes, welche den Betrag von einer Million Franken übersteigen, der Volksabstimmung zu unterwerfen, wenn der Nationalrat und Ständerat solches beschließen oder fünf Cantone resp. 50,000 Schweizer Bürger innerhalb 3 Monaten vom Erlaß des betreffenden Gesetzes an gerechnet, es verlangen. (W. T.)

England.

London, 15. Mai. Oberhaus. Lord Russel kündigt an, er werde Montag den Antrag stellen, eine Adresse an die Königin zu richten, um sie zu ersuchen, den Washingtoner Vertrag in dem Falle nicht zu ratifizieren, daß durch denselben England an völkerrechtliche Grundsätze gebunden werden sollte, welche vor dem amerikanischen Bürgerkriege nicht bestanden hätten. — Auf eine Interpellation Lord Strathearn's erwiedert Lord Granville, die Einberufung der Pontusconferenz sei nothwendig gewesen, da durch sie allein schweren Verwicklungen vorgebeugt wurde. Es sei unthunlich gewesen, den Beifall Preußens gegen Russland anzurufen, andererseits sei auch die Möglichkeit einer Allianz mit Österreich, Italien und der Türkei ungewiß gewesen, insbesondere da Österreich eine friedliche Lösung gewünscht habe. Lord Salisbury erklärt, England sei durch Russland gedemütigt worden, und die Conference habe diese Demütigung nur schwach zu verschleiern vermocht. — Das Oberhaus wird sich vom 23. Mai bis zum 5. Juni vertagen. — In dem Prozeß gegen Boulton und Park sind sämtliche Angeklagten freigesprochen worden. (Boulton und Park sind, wie sich die Leser wohl erinnern werden, die beiden jugendlichen Abenteurer der Londoner Jeunesse dorée, welche sich in Frauenkleidern Monate lang umhertrieben und allerhand interessante Dupements veranstalteten.) (W. T.)

Frankreich.

Paris, 13. Mai. Man schreibt dem „Daily Telegraph“: „Heute Morgen begann die Fortschaffung des Ameublement Thiers: um 9 Uhr erschienen drei Motorwagen vor seinem Hause und brachten Alles nach der Pfandlampe auf den Quai d'Orsay. Ich besuchte das Haus des Chefs der Executive-Gewalt. In seinem Cabinet sah ich eine kleine eiserne Bettstelle — man spricht Thiers' Thiers' eine Matratze für's Feldleben nach. Über sie ist eine Schreibplatte hingen die Porträts von ihm, seiner Frau und seinem Kinder. In dem kleinen Ankleidezimmer fanden sich manche Gegenstände einer Damentoilette vor; der Fußboden war bedekt mit einem der Salons lag ein Exemplar von Dodge's „Peerage and Baronetage“. Aus dem Hauptsalon führen drei Glashäuser in einen geschmackvoll angelegten, aber nicht großen Garten. Die Polizei-Commission, welche die mit Fortschaffung des Mobiliars beschäftigten Arbeiter der Pfandlampe beaufsichtigten, wendeten jede Vorsicht an, daß von der oberhalb versammelten Menge nicht der geringste Gegenstand gestohlen würde. Das Haus wird unverzüglich demolirt werden. Die Polizei erlaubte sich den bitteren Scherz, daß Thiers' Grana-ten niemals sein eigenes Haus treffen würden.“

Aus Versailles über Brüssel eingetroffen. Nachrichten vom 13. melden: Die Verheerungen an der Porte d'Auteuil durch das Feuer der Versailler greifen furchtbar um sich. Die fanatische Wuth des Pöbels kennt keine Grenzen mehr. Die bis zur Unmöglichkeit versammelten Insurgenten wurden auf eine Bahre gelegt und unter Gehul durch die Straßen getragen, beim Buge voran trug ein Weib, mit der rothen Mütze auf dem Kopfe, einen Galgen, an welchem die Bilder Thiers' und Mac Mahon's hingen. Gegen Mittag kam es in der Rue St. Honore zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Nationalgardisten und einem auf mehrere Tausende gesetzten Volkshaus, der in Folge der verbreiteten Nachricht von der in Havre erfolgten Verhaftung Gambetta's unter dem Ruf: „Nieder mit der Nationalversammlung! Nieder mit der Commune! Es lebe der Dictator Gambetta!“ die Straßen durchzogen. Die Nationalgardisten füllten das Bajonet, worauf Schüsse aus der Menge fielen. Zwei Salven der Nationalgardisten feuerten die Meuterer auseinander, die zahlreiche Verwundete und Tote am Platz ließen.

— 15. Mai. Oberst Masson, Stabschef des Kriegsministeriums, ist verhaftet worden. Das 144. Bataillon der sogenannten Nationalgarde, welches nach Paris beordert wurde, weigerte sich zu marschieren. Pascal Groussot hat heute eine Proclamation erlassen, worin er die Hilfe der großen Städte anruft und erklärt, daß Paris sich bis aufs Neukirche vertheidigen und hinter den Barrikaden von Haus zu Haus kämpfen werde. Das Feuer der Versailler Truppen verhindert die Föderirten, die Porte Dauphine wirksam zu befestigen. Der ganze westliche sowie südwestliche Stadtteil von Paris ist jetzt unbewohnbar. Überall schlagen die Geschosse ein, welche viele Opfer dahinstossen und großen Schaden verursachen. Die Tricolore weht noch nicht auf dem Fort Banvres. Der Fall von Montrouge steht bevor.

— 16. Mai. Morgens. Ein Dekret des Comités für die öffentliche Sicherheit ernannte eine neue militärische Commission an Stelle der bisherigen. Alle Handwerker im Alter von mehr als 40 Jahren werden aufgefordert, sich zu den Vertheidigungsarbeiten von Paris zu melden; der Arbeitslohn ist auf 3 Frs. 75 C. pro Tag festgesetzt. Wie „Benguer“ meldet, soll zwischen Delescluze und dem Central-Comité vollkommenes Einverständnis bestehen.

Für heute werden ernste Beschlüsse der Commune erwartet. Man glaubt, der bestehende Zwiespalt werde entweder durch gänzliche Auflösung des Central-Comités oder durch Aufgeben des Comités für öffentliche Sicherheit in das Central-Comité bestellt werden. (W. T.)

Versailles, 13. Mai. Nach der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Jules Thoreau ihr Resultat: der Wissenschaft. Die jesuitische Partei

favore im intimen kleinen Kreise seine Absicht, nach der kaum anzuzweifelnden baldigen Ratifikation des Frankfurter Friedensvertrages vom 10. Mai von seiner Stelle als Minister zurückzutreten.

— 15. Mai. In die Ringmauer sind bereits mehrere Breschen geschossen. Die Porte d'Auteuil ist gänzlich zerstört. Die Beschießung wird fortgesetzt um die Breschen zu erweitern. — Die beabsichtigte Abhaltung eines Congresses von Delegirten der Municipalitäten in Lyon ist gänzlich gescheitert. Es sind nur etwa 40 Delegirte erschienen, welche gestern bereits wieder von Lyon abgereist sind, nachdem sie die Überzeugung gewonnen hatten, daß keine Aussicht auf das Zustandekommen des Congresses vorhanden sei. (W. T.)

Italien.

* Rom, 6. Mai. Während man sich bisher vorzugsweise mit der politischen Seite der päpstlichen Angelegenheiten beschäftigte, ist seit dem Aufstehen Döllingers das Interesse für die innere Gestaltung des Katholizismus hier in steigender Summe aufgegriffen. Unterschriften zu den Adressen an Döllinger kommen von allen Seiten. Eine Anzahl einflussreicher Männer hat sich um den Pater Hyacinth, welcher seit einiger Zeit hier weilt, gesammelt und rüstet sich zu einem ernsthaften Kampf gegen die Jesuiten. Pater Hyacinth wird in den nächsten Tagen im Colosseum einen Vortrag über die Unfehlbarkeit halten.

Amerika.

Washington, 15. Mai. Die Senats-Commission hat über den Vertrag bezüglich der Alabamafrage einen Bericht erstattet. (W. T.)

Danzig.

* Vom 28. Mai c. fahren ab die Blüte auf der Strecke Danzig-Neufahrwasser in folgender Weise:

Von Danzig nach Neufahrwasser: Morg. Vorm. Nachm. Nachm. Abends. Abfahrt v. Legethor 5.45 9.32 1.46 4.21 7.46 10.10 Hoherthor 6. 9.47 2. 4.38 8. 10.24 Ankunft Neufahrwasser 6.12 9.59 2.12 4.50 8.12 10.36

Von Neufahrwasser nach Danzig: Abf. v. Neufahrwasser 7.20 11.23 3.30 6.41 9. 10.50 Ankunft hoherthor 7.34 11.40 3.44 6.56 9.14 11.4

" Legethor 7.46 11.52 3.56 7.8 9.26 11.16 — Die jetzt bestehende gesetzliche Anordnung, wo nach einjähriges Freiwillige nur am 1. April eines jeden Jahres in die Marine eintreten können, hat zu vielerlei Unzuträglichkeiten für die befehligen Seemannschaft geführt, namentlich für Steuerleute, welche die Prüfung in den Sommermonaten abgelegt sind, weil sie bis zum Eintritte in die Kriegsflotte keinen Seeaufenthalt erhalten. Namentlich ist für die Ostsee, wo die Schiffahrt in den Wintermonaten eingestellt ist und die Flusterung der Seelente für die Handelsflotte meist schon im Februar oder März erfolgt, der Apriltermin sehr ungünstig und die Verlegung derselben auf den 1. Februar erwünscht. Eine Anzahl deutscher Hafenplätze hat daher auch den Danziger, daß jährlich mehrere Termine zum Eintritt der Freiwilligen anberaumt werden möchten, zu erkennen gegeben, und wie man hört, wäre das Marine-Ministerium geneigt, für die Zukunft jährlich vier Termine für den Eintritt der Freiwilligen in die Marine festzulegen.

* Aus dem Bericht des Directoriums der Stettiner Eisenbahnen-Gesellschaft ist zu ersehen, daß dieselbe beabsichtigt, für die Görlitz-Danziger Zweiglinie und Posen eine Spurweite

hat den unnatürlichen Kampf zwischen beiden durch einen Gewaltstreich zu beenden und jede vernünftige Fortschung zu erlöten ver sucht. Indem wir laut gegen diesen wässrigen Despotismus protestieren, welcher die Kirche schändet und den Besitz kirchlicher Güter unter dem Scheine religiöser Interessen erstreb, gebeten auch wir mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln einzutreten für unsere Religion, deren Wahrheit und Reinheit uns höher steht als die römische Uniformität. Wir vertrauen, daß Gott uns in diesem Kampfe, zu welchem uns nicht Selbstsucht oder Ehrgeiz treibt, seine Hilfe geben werde, damit wir den selben unter Führung jener Männer, als deren Repräsentanten uns der grelle Döllinger erscheint, gegen den vaterlandstrotzen Ultramontanismus zu einem glücklichen Ende führen helfen: zum Segen für die Kirche, zum Heile für unser gemeinsames deutsches Vaterland. In diesem Sinne bitten wir die maderen Männer Münchens, welche dem katholischen Actionscomittee angehören, diese Worte als ein Zeichen unserer Sympathie, zugleich mit unsern herzlichsten Grüßen freundlich anzunehmen."

+ Thorn, 16. Mai. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr wurden auch von hier die erste Abteilung von französischen Kriegsgefangenen, nämlich 118 Juanos und Turcos, per Eisenbahn nach Mainz befördert.

Der Bewohnerchaft sind dadurch, daß die Kriegsgefangenen in den Kasernen untergebracht sind, und unter Militär bürgerliche Quartiere erhielt, manche Läden erwachten, von denen nicht die kleinste ist, daß die fällige Einquartierungs-Entschädigung (vom 1. Juli v. J. ab bis heute) noch nicht bezahlt ist. Beschwerden dieser Leute seitens der Interessenten sind an den Magistrat gerichtet worden, sowohl durch die Stadtverordneten-Versammlung wie durch die Lokalpresse, aber sie haben noch keinen Effekt gehabt. Zu der Einquartierungs-Entschädigung hat der Staat ca. 10,000 R., die Commune ca. 17,000 R. zu zahlen, von welcher Summe der Staat noch nichts, die Commune einen verbülfnißmäßigen kleinen Theil durch Vorräte an unbestimmtem Quartiergeber gedeckt hat.

Königsberg. Zum Nachfolger des verstorbene Professor Dr. Wagner an der Universität zu Königsberg ist, wie die "Kreuzzeitung" hört, nunmehr der bisherige erste Assistent an der Berliner chirurgischen Klinik, Dr. Schönenborn, ernannt worden.

Bromberg, 16. Mai. Gestern Abend passierten den hiesigen Bahnhof 250 Turcos aus Danzig und Graudenz und 119 aus Thorn. Letztere trafen zuerst hier ein und begrüßten ihre mit dem Danziger Zuge ankommenden Cameraden mit lautem Hurra. Sie gehen vorläufig nach Mainz. Die Begleitungsmannschaft besteht aus Landbeleuten vom 44. Regiment. In demselben Zuge befanden sich 200 Erkennungskarten vom Ostpreußischen Jägerbataillon Nr. 1 (Braunsberg), die dem in Rouen stehenden Bataillon nachgesendet werden.

Vermöchtes.

Berlin, 16. Mai. Der Gifmor d'prozeß gegen die Witwe Böllert ist gestern mit der Freisprechung der Angeklagten beendet. Bekanntlich wurde der Prozeß bereits vor dem letzten Schwurgericht verhandelt und stand damals nach den Zeugenaussagen für die Angeklagte ziemlich ungünstig. Auf Antrag der Vertheidigung wurde damals die Verhandlung unterbrochen, um noch den zur Zeit in Frankreich befindlichen ältesten Sohn des Böllert'schen Chepaars, den Fürstl. Otto B. zu vernehmen, und die Aussagen dieses entlasteten seine Mutter so vollständig, daß die Freisprechung mit Sicherheit voraussehbar war.

Die Zahl der dem Reichstag zugegangenen Petitionen beläuft sich auf gegen 350. Mit wie wunderlichen Dingen der Reichstag begeistert wird, beweist unter Anderem eine Petition eines Dr. phil. Karl Rohrbach in Gotha auf Erlass eines Gesetzes, "wodurch jeder Darsteller von Gaubereien, Gesellschaftern und dergleichen verpflichtet wird, nach jeder öffentlichen Vorstellung diese vollständig und deutlich zu erläutern und die betreffenden Apparate, Maschinen &c. zu erklären." (1)

Bremen, 14. Mai. In Sachen der deutschen Nordpolfahrt ist nun der Vater begegnet, der die Entwicklung so lange hemmte und vergiftete. Dr. Petermann aus Gotha ist im Laufe letzter Woche hier erschienen, hat seinen Beitritt zu dem hiesigen Verein erklärt, allen Sonderansprüchen notariell entzogen und sich auch mit der Bildung eines größeren deutschen Vereins einverstanden erklärt, an dem dann die Initiative und Kontrolle weiterer gleichartiger Unternehmungen überzugehen hätte. Dieser wird voraussichtlich demnächst zu Berlin auf der Basis des Corporationsrechte bestehenden hiesigen Vereins gegründet werden und den großen Meteorologen Geh. Rath Dove zum Präsidenten erhalten.

Die heute fällige Berliner Börsen-Depesche war beim Schluss des Blattes noch nicht eingetroffen.

Frankfurt a. M., 16. Mai. Effecten-Societät. Amerikaner 96 R., Creditactien 265 R., Staatsbahn 400 R., 1860er Loope 79 R., Lombarden 167, Galizier 247, Oberhessen 72 R., öster.-deutsch. Bankactien 95, Nordwestbahn 201 R. Wenig Geschäft.

Wien, 16. Mai. Abendbörse. Creditactien 280, 20, Staatsbahn 421, 50, 1860er Loope 97, 20, 1864er Loope 125, 60, Galizier 261, 50, Anglo-Aufr. 243, 75, Franco-Austria 111, 00, Wechslerbank 144, 50, Lombarden 176, 70, Napoleon 9, 93 R., ganz geschäftlos.

Hamburg, 16. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco 1 Marl Banco höher gehalten, Roggen loco nur Consumgeschäft, beide auf Termine fest. — Weizen loco für Mai-Juni 127 R./2000 R. in Mt. Banco 44, 47 R., für Tonne bezahlt. Widen loco 33 R., für Tonne. Dotter loco 80 R., für Tonne. Spiritus loco in Mt. Banco 164 R., für Tonne 163 R., für Juli-August zu unbekannt gebliebenem Preise gebandelt.

Berliner Fondsborse vom 16. Mai.

Eisenbahn-Aktionen.

Dividende pro 1869.

Aachen-Maastricht 1 R. 4 38 R. 63 R.

Bergisch-Märk. A. 8 R. 4 120 R. 63 R.

Berlin-Anhalt 13 R. 4 218 R. 63 R.

Berlin-Hamburg 10 R. 4 157 R. 63 R.

Berl.-Potsd.-Magdeb. 18 R. 4 215 R. 63 R.

Berlin-Stettin 9 R. 4 147 R. 63 R.

Brl.-Schweid.-Freib. 8 R. 4 109 R. 63 R.

Cöln-Minden 8 R. 4 133 R. 63 R. u. G.

Magdeb.-Halberstadt 10 R. 4 123 R. 63 R.

Magdeb.-Leipzig 14 R. 4 175 R. 63 R.

Niederösl.-Märk. 4 R. 4 87 R. 63 R.

Niederösl.-Zweibrücken 5 R. 4 97 R. 63 R.

Oberschl. Litt. A. u. C. 13 R. 3 181 R. 63 R. u. G.

do. Litt. B. 13 R. 3 165 R. 63 R.

Ostpr. Südl. St.-Pr. 5 R. 4 64 R. 63 R.

Rhein.-Nahabahn do. St.-Prior. 7 R. 4 — R. 63 R.

Rhein.-Nahabahn 0 R. 4 31 R. 63 R. u. G.

Stargard-Posen 4 R. 4 93 R. 63 R.

Prioritäts-Obligationen.

Kurst.-Chartow 5 R. 86 R. B.

Kurst.-Kiew 5 R. 86 R. B.

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1869.

Thüringer 8 R. 4 142 R. 63 R. u. G.

Amsterdam-Rotterb. 7 R. 4 101 R. 63 R. u. G.

Böhm. Westbahn 7 R. 5 105 R. 63 R.

Ludwigsb.-Verbaß 10 R. 4 169 R. 63 R.

Mainz-Ludwigsbahn 9 R. 4 148 R. 63 R.

Dest.-Franz.-Staatsb. 12 R. 5 229-30-294 R. 63 R.

Russ. Staatsbahn 5 1/2 R. 91 R. 63 R. u. G.

Südböhm. Bahnen 5 R. 5 96-95 R. 63 R.

Bonn. R. Priv.-A. 5 R. 4 101 R. 63 R.

Prioritäts-Obligationen.

Kurst.-Chartow 11 R. 4 179 R. 63 R.

Kurst.-Kiew 10 R. 4 139 R. 63 R.

Berlin. Handels-Gef. 6 R. 4 108 R. 63 R.

Danzig. Priv.-Bank 6 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Hyp.-Pfdbr. 5 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Com.-Antheil 9 R. 4 160 R. 63 R. u. G.

Dicke-Comm.-Antheil 9 R. 4 160 R. 63 R. u. G.

Goth. Creditb.-Pfdbr. 5 R. 5 99 R. 63 R. u. G.

Bomm. Hypoth.-Briefe 5 R. 5 97 R. 63 R. u. G.

Dividende pro 1869.

Thüringer 8 R. 4 142 R. 63 R. u. G.

Amsterdam-Rotterb. 7 R. 4 101 R. 63 R. u. G.

Böhm. Westbahn 7 R. 5 105 R. 63 R.

Ludwigsb.-Verbaß 10 R. 4 169 R. 63 R.

Mainz-Ludwigsbahn 9 R. 4 148 R. 63 R.

Dest.-Franz.-Staatsb. 12 R. 5 229-30-294 R. 63 R.

Russ. Staatsbahn 5 1/2 R. 91 R. 63 R. u. G.

Südböhm. Bahnen 5 R. 5 96-95 R. 63 R.

Bonn. R. Priv.-A. 5 R. 4 101 R. 63 R.

Prioritäts-Obligationen.

Kurst.-Chartow 11 R. 4 179 R. 63 R.

Kurst.-Kiew 10 R. 4 139 R. 63 R.

Berlin. Handels-Gef. 6 R. 4 108 R. 63 R.

Danzig. Priv.-Bank 6 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Hyp.-Pfdbr. 5 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Com.-Antheil 9 R. 4 160 R. 63 R. u. G.

Goth. Creditb.-Pfdbr. 5 R. 5 99 R. 63 R. u. G.

Bomm. Hypoth.-Briefe 5 R. 5 97 R. 63 R. u. G.

Dividende pro 1869.

Thüringer 8 R. 4 142 R. 63 R. u. G.

Amsterdam-Rotterb. 7 R. 4 101 R. 63 R. u. G.

Böhm. Westbahn 7 R. 5 105 R. 63 R.

Ludwigsb.-Verbaß 10 R. 4 169 R. 63 R.

Mainz-Ludwigsbahn 9 R. 4 148 R. 63 R.

Dest.-Franz.-Staatsb. 12 R. 5 229-30-294 R. 63 R.

Russ. Staatsbahn 5 1/2 R. 91 R. 63 R. u. G.

Südböhm. Bahnen 5 R. 5 96-95 R. 63 R.

Bonn. R. Priv.-A. 5 R. 4 101 R. 63 R.

Prioritäts-Obligationen.

Kurst.-Chartow 11 R. 4 179 R. 63 R.

Kurst.-Kiew 10 R. 4 139 R. 63 R.

Berlin. Handels-Gef. 6 R. 4 108 R. 63 R.

Danzig. Priv.-Bank 6 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Hyp.-Pfdbr. 5 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Com.-Antheil 9 R. 4 160 R. 63 R. u. G.

Goth. Creditb.-Pfdbr. 5 R. 5 99 R. 63 R. u. G.

Bomm. Hypoth.-Briefe 5 R. 5 97 R. 63 R. u. G.

Dividende pro 1869.

Thüringer 8 R. 4 142 R. 63 R. u. G.

Amsterdam-Rotterb. 7 R. 4 101 R. 63 R. u. G.

Böhm. Westbahn 7 R. 5 105 R. 63 R.

Ludwigsb.-Verbaß 10 R. 4 169 R. 63 R.

Mainz-Ludwigsbahn 9 R. 4 148 R. 63 R.

Dest.-Franz.-Staatsb. 12 R. 5 229-30-294 R. 63 R.

Russ. Staatsbahn 5 1/2 R. 91 R. 63 R. u. G.

Südböhm. Bahnen 5 R. 5 96-95 R. 63 R.

Bonn. R. Priv.-A. 5 R. 4 101 R. 63 R.

Prioritäts-Obligationen.

Kurst.-Chartow 11 R. 4 179 R. 63 R.

Kurst.-Kiew 10 R. 4 139 R. 63 R.

Berlin. Handels-Gef. 6 R. 4 108 R. 63 R.

Danzig. Priv.-Bank 6 R. 5 94 R. 63 R.

Danzig. Hyp.-Pfdbr.

